



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Belke, Lennart Thorsten:

Die Islamische Republik Iran. Der „ewige Feind“ der USA oder potenzieller Handelspartner? Eine theoriegeleitete Analyse des Atomabkommens von Wien 2015

Bachelorarbeit, Wintersemester 2020

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.70973>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2020

Lennart Thorsten Belke

**Die Islamische Republik Iran.
Der „ewige Feind“ der USA
oder potenzieller
Handelspartner?
– Eine theoriegeleitete Analyse
des Atomabkommens von Wien
2015**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars Colschen
2020

Gliederung

I.	Einleitung	S. 1
II.	Theorien und Hypothesen	S. 6
	1. Theorien	S. 6
	a) Die Regimetheorie	S. 6
	b) Der Konstruktivismus	S. 9
	2. Hypothesen	S. 12
	a) Aus der Regimetheorie abgeleitete Hypothesen	S. 12
	b) Aus dem Konstruktivismus abgeleitete Hypothesen	S. 13
III.	Eine empirische Analyse des Atomabkommens von Wien 2015	S. 14
	1. Die „Atomkrise“ mit dem Iran 2002-2015	S. 14
	2. Empirischer Test der Hypothesen	S. 19
	a) Aus der Regimetheorie abgeleitete Hypothesen	S. 19
	b) Aus dem Konstruktivismus abgeleitete Hypothesen	S. 21
IV.	Fazit und Ausblick	S. 26
	Literaturverzeichnis	

Abkürzungsverzeichnis

„E3“	Frankreich, Großbritannien, Deutschland
„E3“/EU+3“	China, Russland, Frankreich, Großbritannien, USA, Deutschland
EU	Europäische Union
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
INSTEX	Instrument for Supporting Trade Exchanges
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
JPOA	Joint Plan of Action
NIOC	National Iranian Oil Company
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
UN	United Nations (Vereinte Nationen)

I. Einleitung

Die Regierung Irans teilte im November 2019 mit, dass sie die Produktion von angereichertem Uran um das Zehnfache gesteigert hätte. Dies stellt eine eindeutige Verletzung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) von 2015 dar (Wintour, 2019). Darüber hinaus sind nach der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im November 2019 mindestens 304 Menschen bei den Massenprotesten im Iran von Sicherheitskräften getötet worden (Amnesty International, 2019). Diese Proteste waren die schwersten Tumulte seit der Staatsgründung der Islamischen Republik Iran vor 40 Jahren (Hoffmann et al., 2019). Allein diese Ereignisse zeigen die Aktualität und Relevanz der Auseinandersetzung mit dem Iran. Jedoch sind Berichte von westlichen Medien über die Lage in diesem Staat rar.

Die Nuklearvereinbarung von Wien, kurz JCPOA, wurde am 14. Juli 2015 zwischen China, Frankreich, Deutschland, Russland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten (USA), der Europäischen Union (EU), repräsentiert durch die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, sowie dem Iran geschlossen (Auswärtiges Amt, 2015).

In der Präambel des JCPOA untermauert Iran seinen schon durch seinen Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bestätigten Verzicht auf Nuklearwaffen. Weiterhin werde mit dem zivilen iranischen Atomprogramm nach der vollständigen Implementierung des JCPOA so umgegangen wie mit allen anderen gleichwertigen Programmen im Kontext des NVV. Des Weiteren wird durch den JCPOA das iranische Urananreicherungsprogramm quantitativ und qualitativ begrenzt. Jedoch bleibt die iranische Nuklearinfrastruktur im Wesentlichen bestehen. Zudem unterlässt Iran jegliche Handlungen, die für die Produktion nuklearer Sprengsätze genutzt werden können. Außerdem soll Iran nach dem JCPOA das Zusatzprotokoll der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) befolgen. Des Weiteren soll die IAEO im Iran ständig anwesend sein. Ferner soll die IAEO in Zweifelsfällen Zutritt zu von Iran nicht offengelegten Anlagen, auch Militäranlagen, bekommen können. In Zweifelsfällen kann eine gemeinsame Kommission die Entscheidung über den Zutritt zu den Anlagen treffen (Thränert 2017: 159). Zudem ist im JCPOA festgelegt, dass die Sanktionen gegen den Iran nach und nach aufgehoben werden. Verstößt jedoch Iran eklatant gegen die

Regelungen des JCPOA, können die Sanktionen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) wieder durchgesetzt werden. Die Vetostaaten des UN-Sicherheitsrates können dies nicht blockieren. Jedoch ist im JCPOA geregelt, dass Iran vom JCPOA zurücktreten würde, falls die Sanktionen wiedereingeführt würden (Thränert 2017: 159).

Diese Arbeit will vor diesem Hintergrund klären, warum insbesondere die Vereinigten Staaten (USA) und Iran die Nuklearvereinbarung von Wien geschlossen haben. Des Weiteren soll geprüft werden, ob der Iran als der „ewige Feind“ der USA oder als potenzieller Handelspartner für die USA und europäische Staaten angesehen werden kann. Mithin soll auch die Frage des Obertitels dieser Bachelorarbeit beantwortet werden. Es werden die Motive Irans und der USA für den Vertragsabschluss ausgewählt, da gerade die Kooperation dieser Staaten aufgrund der schwierigen Beziehungen beider Staaten seit der Iranischen Revolution 1979 auf den ersten Blick überraschend erscheint. Als erstes wichtiges Ereignis für die Beziehungen zwischen den USA und Iran kann der Sturz des gewählten iranischen Premierministers Mohammad Mossadeq 1953 gesehen werden. Hier waren die USA Gehilfe einer britischen Verschwörung, die den Sturz Mossadeqs zum Ziel hatte. Der Sturz Mossadeqs wird als der Ausgangspunkt der feindseligen iranisch-amerikanischen Beziehung angesehen (Benjamin/Simon 2019: 59). Die Wut der Iraner über den Putsch vermischte sich später mit der Missbilligung der amerikanischen und israelischen Unterstützung von Mohammad Reza Schah Pahlavi. Die repressive Politik Pahlavis und untaugliche Versuche der Modernisierung Irans führten zu mangelnder Unterstützung seiner Herrschaft durch das Volk. Insbesondere die enge Beziehung des Schahs zu den USA führten zu der Ablehnung seiner Herrschaft durch die iranischen Bürger, die schließlich in der Islamischen Revolution von 1979 resultierte (Benjamin/Simon 2019: 59).

Generell markierte die Islamische Revolution 1979, insbesondere die „Geiselnahme von Teheran“, einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den USA und Iran. Bei der „Geiselnahme von Teheran“ nahmen 1979 iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran ein und hielten das amerikanische Botschaftspersonal als Geisel (Benjamin/Simon 2019: 59). Für 444 Tage von 1979 bis 1980 wurden 52 amerikanische Diplomaten und andere amerikanische Bürger festgehalten (Benjamin/Simon 2019: 60). Dies führte dazu,

dass der amerikanische Präsident Carter die diplomatischen Beziehungen zu Iran im April 1980 abbrach (Benjamin/Simon 2019: 59). Erst im Jahr 2013 kam es wieder infolge eines Telefongesprächs zwischen Präsident Obama und Präsident Rohani zu dem ersten Kontakt von zwei Staatsefs dieser Staaten seit der Islamischen Revolution 1979 (Fischer, 2013).

Jedoch ist die amerikanische Botschaft in Teheran bis heute geschlossen (Benjamin/Simon 2019: 66). Allein dieser Umstand zeigt, dass die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran auch noch zum heutigen Zeitpunkt immer noch sehr angespannt sind. Meine Annahme ist, dass der Iran zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen zum Atomabkommen unter der Obama-Administration gerade nicht lediglich als *“persistent and implacable foe“* (Benjamin/Simon 2019: 56) betrachtet wurde, sondern eben auch als potenzieller Kooperationspartner in der Zukunft. Diese Annahme wird unter anderem auch später innerhalb des Hypothesentests geprüft.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit reicht von 2002 bis Juli 2015. Dieser Untersuchungszeitraum wurde gewählt, da 2002 erstmals amerikanische Behörden die Weltöffentlichkeit über geheime Atomanlagen im Iran informierten und ab 2003 dann ein potenziell militärisch nutzbares iranisches Nuklearprogramm das große Streitthema zwischen den westlichen Staaten (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und dem Iran war. Im Jahr 2003 wurde nämlich publik, dass Iran ein modernes Atomprogramm entwickelt hatte. Daraufhin hatten die westlichen Staaten im Dezember 2003 insistiert, dass der Iran ein Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterschrieb. In diesem Abkommen gestattete Teheran der IAEA erstmalig unbegrenzten Zutritt zu iranischen Atomanlagen. Am 14. Juli 2015 konnte dann der JCPOA nach langen Verhandlungen unterschrieben werden (Süddeutsche Zeitung, 2019; Auswärtiges Amt, 2015). Die Unterzeichnung der Wiener Nuklearvereinbarung markierte dann schließlich das vorläufige Ende der „Atomkrise“ mit dem Iran.

In dieser Arbeit soll das Forschungsdesign eines vergleichenden empirischen Theorietests angewendet werden. Als abhängige Variable wird der Abschluss des Atomabkommens von Wien vom 14. Juli 2015 gesehen. Ferner soll die unabhängige Variable, also die Intentionen der beiden Verhandlungspartner USA

und Iran für den Vertragsabschluss anhand von zwei „Großtheorien“ der Internationalen Beziehungen, dem Neoinstitutionalismus in Gestalt der Regimetheorie sowie dem Konstruktivismus, ermittelt werden. Die Theorie des Neoinstitutionalismus in Gestalt der Regimetheorie wird gewählt, da diese Theorie grundsätzlich die internationale Kooperation von Staaten erklären will. Des Weiteren ist das Nuklearabkommen von Wien eindeutig in das sogenannte Nichtverbreitungsregime mit seinem Fundament des NVV einzuordnen.

Ferner wird die Theorie des Konstruktivismus für die Analyse ausgewählt, da diese Theorie gut „Wandel“ in den Internationalen Beziehungen erklären kann. Es fällt auf, dass es im Hinblick auf den Wechsel von US-Präsident George W. Bush zu US-Präsident Barack Obama 2009 zu einem „Wandel“ in der Außenpolitik gegenüber dem Iran kam. Zudem war auch im Iran bezüglich des Amtswechsels von Präsident Ahmadineschad zu Präsident Rohani ein „Wandel“ in der Haltung zu den USA festzustellen. Ohne diese gegenseitige grundsätzliche Kooperationsbereitschaft beider Staaten wäre es wohl nicht zu dem Nuklearabkommen von Wien 2015 gekommen.

Dieser empirische Fall wurde insbesondere gewählt, da er ein Beispiel für erfolgreiche Kooperation im internationalen System darstellt. Das Auswärtige Amt nennt das Wiener Nuklearabkommen gar „*eine Sternstunde der Diplomatie*“ (Auswärtiges Amt, 2019). Der empirische Test der Hypothesen erfolgt anhand von wissenschaftlicher Fachliteratur, Reden und Äußerungen von hohen Regierungsvertretern der USA und des Irans sowie einem juristischen Text. Neben der wissenschaftlichen Fachliteratur wird auch auf einige Online-Quellen zurückgegriffen. Bei dem juristischen Text wird auf das Atomabkommen von Wien (JCPOA) vom 14.07. 2015 Bezug genommen.

Diese Arbeit betritt „Neuland“, da zum jetzigen Stand noch keine wissenschaftliche Arbeit vorliegt, die die Aussagekraft der Regimetheorie und des Konstruktivismus bezüglich dieses empirischen Falls analysiert. Als eine der neuesten Publikationen zu der Beziehung zwischen den USA und dem Iran kann hier der Beitrag „*America’s Great Satan: The 40-Year Obsession with Iran*“ von Daniel Benjamin und Steven Simon in dem amerikanischen Fachjournal *Foreign Affairs* vom November/Dezember 2019 genannt werden. Die Autoren stellen hier

die nunmehr 40 Jahre andauernde „Feindschaft“ zwischen den USA und Iran dar. Jedoch sind sie der Ansicht, dass die momentane Iranpolitik des „maximalen Drucks“ unter Präsident Donald Trump, die einen Regimewechsel im Iran herbeiführen will, nicht zielführend ist, da ein Staatskollaps im Iran möglicherweise eine neue Flüchtlingskrise herbeiführen könnte (Benjamin/Simon 2019: 63). Stattdessen empfehlen sie für die Iranpolitik der USA eine Politik des *“sustained engagement“* (Benjamin/Simon 2019: 66).

Bis heute sind nur theoriegeleitete wissenschaftliche Arbeiten allgemein zum Nichtverbreitungsregime mit besonderem Fokus auf Ostasien (Solingen, 2018), dem Nichtverbreitungsregime und dem Iran (Nötzold, 2014) sowie bezüglich des Konfliktes zwischen den USA und Iran über das iranische Atomprogramm allgemein (Koschut, 2014) in der Literatur vorzufinden. Solingen (2018) führt mithilfe der Theorien des Neorealismus und Neoinstitutionalismus eine Szenarienanalyse der nuklearen Aufrüstung in Ostasien mit dem Beispielsfall Japan durch. Des Weiteren analysiert Nötzold (2014) durch die „Theoriebrille“ der Regimetheorie die Nuklearaktivitäten Irans im Hinblick auf die Konformität mit den Regelungen des NVV. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Iran zu dem Zeitpunkt der Publikation des Beitrages aufgrund der wiederholten öffentlichen Beteuerung der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie und der potenziellen Verwendung der Nukleartechnologie sowohl für zivile als auch militärische Zwecke gerade noch die Regelungen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages befolgt (Nötzold 2014: 118). Zudem untersucht Koschut (2014) in einer theoriegeleiteten Analyse unter Rückgriff auf den Konstruktivismus die Iranpolitik der USA. Er plädiert für ein Verständnis des Konflikts ohne einen engen Fokus auf das iranische Atomprogramm. Stattdessen ist er der Ansicht, dass der Konflikt zwischen Iran und den USA zuerst als ein *„Wahrnehmungs-und Identitätskonflikt“* (Koschut 2014: 141) zu betrachten ist.

In dieser Bachelorarbeit wird die qualitative Methode der Einzelfallstudie („Case Study“) angewandt. Für diese Arbeit wird die Einzelfallstudie nach John Gerring wie folgt definiert: *“I argue that for methodological purposes a case study is best defined as an in-depth study of a single unit (a relatively bounded phenomenon) where the scholar`s aim is to elucidate features of a larger class of a similar phenomena”* (Gerring 2004: 341).

Nunmehr wird kurz die Vorgehensweise dieser Arbeit erläutert. Zunächst wird in Kapitel II.1 auf die für diese Arbeit wesentlichen Inhalte der Theorien des Neoinstitutionalismus in Gestalt der Regimetheorie und des Konstruktivismus eingegangen. Daraufhin soll in Kapitel II.2 die für das Thema relevante Gruppe von Hypothesen aus den Theorien abgeleitet und erst einmal erläutert werden, was bei Gültigkeit dieser Hypothesen in der Empirie erwartet werden könnte. Ferner wird in Kapitel III.1 der Verlauf der „Atomkrise“ mit dem Iran von 2002 bis 2015 skizziert. Anschließend sollen dann in Kapitel III.2 die aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen empirisch getestet werden. Im Schlusskapitel IV. soll bewertet werden, welche der vorgestellten Theorien die Intentionen der USA und des Irans für den Vertragsabschluss am überzeugendsten erklären kann. Des Weiteren soll die Frage des Titels dieser Bachelorarbeit beantwortet werden. Schließlich soll noch ein Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen in der Frage eines potentiell nuklear bewaffneten Iran und der Beziehung zwischen den USA und dem Iran gegeben werden.

II. Theorien und Hypothesen

1. Theorien

Die beiden in dieser Arbeit verwendeten Theorien sind die neoinstitutionalistische Regimetheorie und der Konstruktivismus. Diese werden nun im Folgenden dargestellt.

a) Die Regimetheorie

Die Regimetheorie steht bezüglich einiger Grundbedingungen auf dem gleichen Fundament wie der Realismus. Dies sind insbesondere die Perspektive auf der Systemebene, für die Anarchie unterstellt wird, und den Staaten als zentralen Handelnden. Folglich wurde die Regimetheorie zeitweise auch als Spielart des Realismus fehlinterpretiert. Zumindest werden in der Regimetheorie wie auch im Realismus Staaten als eigennützig angesehen. Mithin wird die Regimetheorie oft auch als „*utilitaristischer Institutionalismus*“ betitelt (Krell/Schlotter 2018: 225). Die Regimetheorie hat ihren Ursprung in der Interdependenzanalyse der 1970er Jahre. Angesichts weltweiter Unsicherheiten entwickelte sich eine Wahrnehmung

der gegenseitigen Interdependenzen. Diese Abhängigkeiten der Staaten voneinander waren jedoch kein neues Phänomen. Bereits im 19. Jahrhundert existierten in der Weltwirtschaft starke Interdependenzen. Nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren errichtete die internationale Staatengemeinschaft 1944-1948 unter der Leitung der USA zudem einige weltwirtschaftliche „Regime“ (Krell/Schlotter 2018: 227).

Internationale Regime sind im Gegensatz zu internationalen Organisationen nicht handlungsfähig. Mithin werden die Vereinten Nationen als internationale Organisation und nicht als internationales Regime angesehen. Jedoch befassen sich internationale Regime im Gegensatz zu internationalen Rechtsprinzipien mit konkreten Problemgebieten der internationalen Politik. Folglich ist beispielsweise das internationale Rechtsprinzip der Staatensouveränität kein internationales Regime (Zangl 2010: 133). Harald Müller definiert Regime wie folgt: „*Regime sind kooperative Institutionen, die durch informelle und formelle, rechtliche und nichtverrechtlichte Strukturen- Prinzipien, Normen, Regeln und Prozeduren- gekennzeichnet werden und Konflikte zwischen konkurrierenden Nationalstaaten (gelegentlich unter Einbeziehung anderer Akteure) bearbeiten*“ (Müller 1993:26).

Robert O. Keohane, der mit Joseph Nye durch *Power and Interdependence* (1977) schon auf die Interdependenzanalyse weitreichenden Einfluss ausgeübt hat, hat mit *After Hegemony* (erste Auflage 1984) ebenso die Regimetheorie fundamental beeinflusst (Zangl 2010: 134). Im Folgenden soll insofern zur Darstellung der Regimetheorie unter anderem sein Werk *After Hegemony* (2005) herangezogen werden.

Nach Robert Keohane sind internationale Regime durch vier verschiedene Bestandteile charakterisiert. Dies sind Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahrensregelungen (vgl. Keohane 2005: 59). Nach Keohane sind die Prinzipien eines Regimes grundsätzlich die Ziele, die die Mitglieder des Regimes verfolgen wollen. Unter anderem ist das bedeutendste Prinzip des Nichtverbreitungsregimes, dass die Verbreitung nuklearer Waffen gefährlich ist (vgl. Keohane 2005: 58).

Des Weiteren beinhalten nach Keohane Normen klarere Aufforderungen an die Mitglieder über legitimes und illegitimes Verhalten. Jedoch bestimmen sie

Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen noch in relativ allgemeinen Worten (vgl. Keohane 2005: 58).

Regeln werden von Keohane wie folgt definiert: „*Rules are, however, more specific: they indicate in more detail the specific rights and obligations of members. Rules can be altered more easily than principles or norms, since there may be more than one set of rules that can attain a given set of purposes*”

(Keohane 2005: 58). Schlussendlich beinhalten nach Keohane die Verfahrensregelungen eines Regimes Bestimmungen für die Implementation der Prinzipien und zur Änderung der Regeln (vgl. Keohane 2005: 58).

Nunmehr werden die „Regimefunktionen“ (Müller 1993: 37 f.) behandelt. Die bedeutendste Aufgabe eines Regimes ist es, die Unsicherheit im internationalen System zu verringern. Insofern verstärken Regime Erwartungen an Verhaltensweisen des Gegners in der Zukunft, indem ein wichtiger Teil dieser Handlungsweisen an gemeinsamen Normen ausgerichtet ist (Müller 1993: 37). Des Weiteren sind Regime grundsätzlich mit Vorschriften für den Informationstransfer im betreffenden Politikbereich ausgestattet. Mithin können Staaten ohne Aufwand Zugriff zu wichtigen Informationen zu diesem Politikbereich aus allen Mitgliedsstaaten bekommen (Müller 1993: 38).

Außerdem verändern nach Keohane internationale Regime die Transaktionskosten, indem sie diese für legitime Tätigkeiten reduzieren und für illegale Tätigkeiten erhöhen. Weiterhin erleichtern es internationale Regime Staaten, überhaupt mit anderen Staaten über internationale Abkommen zu verhandeln (vgl. Keohane 2005: 90).

Für die Regimetheorie ist die sogenannte Interdependenz der Staaten voneinander bedeutend. Zunächst wird nun der Begriff der Interdependenz vorgestellt. Frank Schimmelfennig stellt eine enge und eine weite Definition der Interdependenz vor (vgl. Schimmelfennig 2017: 92). Eine sehr weite Definition würde beinhalten, (...) „*dass Staaten irgendein Ziel ohne die Kooperation mit anderen Staaten weniger effizient erreichen können als durch internationale Kooperation*“

(Schimmelfennig 2017: 92). Jedoch ist auf Grundlage dieser Definition Interdependenz omnipräsent. In der empirischen Realität war wohl kein Staat jemals in der Position, jede seiner Intentionen eigenständig effizienter zu erreichen

als durch Zusammenarbeit mit anderen Staaten (Schimmelfennig 2017: 92). Des Weiteren berücksichtigt jedoch eine engere Definition die Typen staatlicher Ziele. Folglich kann nur von Interdependenz gesprochen werden, wenn zentrale Aufgaben der Staaten wie unter anderem die innere Sicherheit und die Realisierung und Konservierung eines von der Gesellschaft angestrebten Wohlfahrtsniveaus einschlägig sind (Schimmelfennig 2017: 92 f.).

Ferner wird von Frank Schimmelfennig ein Konzept mit drei Konstellationen der internationalen Abhängigkeit eines Staates vorgestellt (vgl. Schimmelfennig 2017: 93). Ein autarker Staat kann seine Funktionen ohne die Hilfe anderer Staaten effektiv erreichen; er zieht keinen Gewinn aus internationaler Kooperation. Hingegen kann ein autonomer Staat seine zentralen Funktionen effektiv, jedoch mit enormen Verlust an Effizienz erreichen. Mithin ist ein autonomer Staat von internationaler Zusammenarbeit nicht abhängig; diese wäre jedoch für ihn vorteilhaft. Schlussendlich kann ein dependenter Staat seine zentralen Funktionen ohne die Hilfe anderer Staaten nicht effektiv erreichen. Folglich ist ein dependenter Staat abhängig von internationaler Kooperation (Schimmelfennig 2017: 93).

Schließlich wird nunmehr das Konzept von starken und schwachen Regimen nach Schimmelfennig (2017) erörtert. Nach diesem Konzept entwickeln starke internationale Regime eindeutige Regeln, können diese in Konfliktfällen auslegen und besitzen festgelegte Verfahren zu ihrer Fortentwicklung. Die Verwaltung dieser starken internationalen Regime obliegt internationalen Organisationen. Diese prüfen die Regeleinhaltung eigenverantwortlich und sind in der Lage, Sanktionen gegen regelverletzende Staaten einzuleiten. Dagegen können schwache internationale Regime zumindest die Transaktionskosten reduzieren. Dies tun sie, indem sie den Mitgliedern des Regimes einen Platz für Verhandlungen bieten und diesen Informationen übermitteln, die für Interpretation, Kontrolle und Sanktionen benötigt werden (Schimmelfennig 2017: 103).

b) Der Konstruktivismus

Der Konstruktivismus ist die Theorie der Internationalen Beziehungen, die als Letztes entwickelt wurde. Diese Theorie entstand in den 1990er Jahren infolge einer Debatte zwischen dem Realismus und dem Institutionalismus, die davor die

Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen dominierten (Schimmelfennig 2017: 160). Der Konstruktivismus nimmt insbesondere zwei Gegenstandspunkte zu den durch ihn als „materialistisch“ und „rationalistisch“ eingeordneten Theorien ein. Der erste Gegenstandspunkt greift die Strukturen des internationalen Systems auf. Die Theorien des Realismus und Institutionalismus sind „materialistisch“, da ihre Interpretation internationaler Politik in erster Linie auf der Distribution materieller Ressourcen beruht. Dies trifft sowohl für die Machtverteilung und Technologie im Realismus als auch für die Interdependenz der Staaten im Institutionalismus zu. Strukturen, die nicht wie Institutionen und Netzwerke physischer Natur sind, werden als Resultat der Interdependenz erst nachrangig berücksichtigt. Stattdessen vertritt der Konstruktivismus die Position, dass „intersubjektive“ oder ideelle Strukturen vorrangige Bedeutung innehaben (Schimmelfennig 2017: 160). Diese ideellen Strukturen beeinflussen die Interessen und die Pläne der Akteure. Mithin ist die internationale Politik in erster Linie „sozial konstruiert“. Diese soziale Konstruktion der internationalen Politik erfolgt (...) „*durch die Werte, Normen, Identitäten und andere ideelle Konstrukte der Akteure internationaler Politik*“ (Schimmelfennig 2017: 160).

Der zweite Gegenstandspunkt knüpft an die Interessen der Akteure an. Die Theorien des Realismus und Institutionalismus setzen zweckrational agierende Akteure voraus. Hingegen erwartet der Konstruktivismus, dass die Akteure im Bereich der kulturellen und institutionellen Strukturen der internationalen Gemeinschaft „angemessen“ agieren. Folglich beziehen sich Staaten nach dem Konstruktivismus bei der Auswahl ihrer Pläne und Entscheidungen unter anderem auf Werte und Normen (Schimmelfennig 2017: 160 f.).

Alexander Wendt wird als „Mitbegründer“ des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen angesehen (Krell/Schlotter 2018: 332). Im Folgenden sollen nun die drei „*cultures of anarchy*“ (Wendt 2013: 246), die Wendt in seinem Buch „*Social Theory of International Politics*“ (erste Auflage 1999) entwickelt, dargestellt werden. Wendt nennt diese drei „Kulturen der Anarchie“ wie folgt: „*I will call these structures Hobbesian, Lockean and Kantian (...)*“ (Wendt 2013: 247).

Alexander Wendt charakterisiert „Feinde“ insofern, dass „der Andere“ sich selbst als ein Akteur konzipiert, der nicht das Recht „des Selbst“ auf Existenz als autonomer Akteur anerkennt und somit nicht aus freien Stücken seine Gewalt gegenüber „dem Selbst“ einschränkt (Wendt 2013: 260).

Nach Wendt ist die Hobbes'sche Anarchie als der „Krieg jeder gegen jeden“ bekannt. Die Hobbes'sche Anarchie ist ein „Selbsthilfesystem“, indem die Staaten nicht auf die Hilfe anderer Staaten zählen können oder eine grundlegende Selbstbeschränkung der Staaten beobachten. Das Überleben des Staates hängt allein von militärischer Macht ab, was bedeutet, dass ein Anstieg in der Sicherheit von Staat A notwendigerweise die Sicherheit von Staat B reduziert, der niemals sicher sein kann, dass die Waffen von Staat A defensiv ausgerichtet sind. Sicherheit ist ein kompetitives Nullsummenspiel und Sicherheitsdilemmata sind aufgrund von Absichten anderer Staaten akut, nicht aufgrund der Balance zwischen Offensive und Defensive. Sogar wenn Staaten anstelle von Macht nach Sicherheit streben, zwingen sie ihre kollektiven Überzeugungen, so zu handeln, also ob sie nach Macht streben würden (vgl. Wendt 2013: 265).

Die Lockes'sche Anarchie unterscheidet sich nach Wendt dadurch von der Hobbes'schen Anarchie, dass sie auf einer anderen Rollenstruktur basiert, nämlich Rivalität statt Feindschaft. Rivalisierende Staaten sind wie verfeindete Staaten charakterisiert durch Darstellungen über sich selbst und die Anderen mit Bezug zu Gewalttätigkeit; jedoch sind diese Darstellungen weniger bedrohlich. Rivalisierende Staaten respektieren die Souveränität des anderen Staates, dessen Leben und Freiheit als sein Recht. Deshalb versuchen rivalisierende Staaten nicht den anderen Staat zu erobern oder zu beherrschen. Da die Staatssouveränität territorial eingegrenzt ist, impliziert dies die Anerkennung eines Rechts auf Eigentum. Im Gegensatz zur Freundschaft dehnt sich diese Anerkennung zwischen rivalisierenden Staaten jedoch nicht auf ein Recht auf Gewaltfreiheit in Streitigkeiten aus (vgl. Wendt 2013: 279).

Schließlich ist nach Wendt die Kant'sche Anarchie durch eine Kultur der Freundschaft charakterisiert (vgl. Wendt 2013: 298). Diese Kultur der Freundschaft ist eine Rollenstruktur, in der von Staaten erwartet wird, dass sie zwei einfache Regeln befolgen. Erstens sollen Streitigkeiten ohne Krieg oder

Androhung von Krieg beigelegt werden (die Regel der Gewaltlosigkeit). Zweitens sollen die Staaten als Team agieren, wenn die Sicherheit eines Staates durch einen dritten Staat gefährdet ist (die Regel der gegenseitigen Hilfeleistung) (vgl. Wendt 2013: 298 f.).

2. Hypothesen

Nunmehr werden die aus den Theorien entwickelten Hypothesen dargestellt und es wird zunächst allgemein erörtert, was nach diesen Hypothesen in der Empirie für die hier zu untersuchende Fragestellung erwartet werden könnte. Der empirische Test der Hypothesen an sich wird in Kapitel III.2 durchgeführt. Zunächst erfolgt die Erörterung der aus der Regimetheorie abgeleiteten Hypothesen.

a) Aus der Regimetheorie abgeleitete Hypothesen

Hypothese 1: *Iran war in dem Zeitraum der Verhandlungen zum Atomabkommen ein dependenter Staat (vgl. die Konzeption bei Schimmelfennig 2017: 93).*

Diese erste aus der Regimetheorie entwickelte Hypothese legt die Erwartung nahe, dass Iran in dem Zeitraum der Verhandlungen zum Atomabkommen 2015 ein von internationaler Unterstützung abhängiger Staat war. Dies würde implizieren, dass der Iran in starkem Maße abhängig von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland zu dem Zeitpunkt des Atomabkommens von Wien 2015 war, um seinen grundlegenden Funktionen als Staat wirksam nachzukommen (Schimmelfennig 2017: 93). Es wird vermutet, dass diese wirtschaftliche Dependenz Irans von anderen Staaten auch ein Motiv für den Abschluss des Nuklearabkommens 2015 war.

Dazu sollen insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen Irans mit anderen Staaten zu dem Zeitpunkt des Atomabkommens 2015 beleuchtet werden.

Hypothese 2: *Durch das Atomabkommen von Wien wurde ein „starkes“ internationales Regime geschaffen (vgl. Schimmelfennig 2017: 103).*

Diese Hypothese würde vermuten lassen, dass es sich bei dem Nuklearabkommen von Wien um ein „starkes“ internationales Regime handelt. Nach Frank Schimmelfennig sind starke internationale Regime dadurch charakterisiert, dass sie präzise Regeln aufstellen, diese in Streitfällen interpretieren und etablierte

Verfahren zu ihrer Weiterentwicklung haben (vgl. Schimmelfennig 2017: 103). Zur empirischen Überprüfung dieser Hypothese soll insbesondere der Vertragstext des JCPOA herangezogen werden.

b) Aus dem Konstruktivismus abgeleitete Hypothesen

Hypothese 1: *Zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen zum Atomabkommen von Wien 2015 können die Beziehungen zwischen den USA und Iran unter der Obama-Administration im Vergleich zu den amerikanisch-iranischen Beziehungen in der Amtszeit George W. Bushs zumindest nicht als „Kultur der Feindschaft“ (Wendt 2013: 259 f.) eingeordnet werden.*

Diese Hypothese würden vermuten lassen, dass mit dem Amtswechsel von George W. Bush zu Barack Obama 2009 und dem Abschluss des Atomabkommens 2015 der Iran nicht mehr eindeutig als „Feind“ in der Konzeption von Alexander Wendt (2013) eingeordnet werden kann. Zur empirischen Überprüfung der Hypothese sollen insbesondere Reden der ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush und Barack Obama herangezogen werden.

Hypothese 2: *Von der US-amerikanischen Bevölkerung wurde der Iran innerhalb der Verhandlungen zum Nuklearabkommen 2013-2015 nicht mehr lediglich als „Feind“ wahrgenommen.*

Diese Hypothese suggeriert, dass zur Zeit der Verhandlungen zum Nuklearabkommen 2012-2015 innerhalb der amerikanischen Bevölkerung ein Wandel bezüglich der Einstellung zum Iran eingetreten ist. Insbesondere wird vermutet, dass der Iran nicht mehr lediglich als „Feind“ angesehen wurde.

Zur Überprüfung der Hypothese soll eine Meinungsumfrage aus den USA im Zeitraum 2012-2015 ausgewertet werden.

Hypothese 3: *Verfolgen hohe Regierungsvertreter von zwei Staaten einen gewissen positiven „Grundkonsens“ bezüglich der Ausrichtung ihrer Außenpolitik gegenüber dem anderen Staat, dann sind die Beziehungen zwischen diesen Staaten zumindest nicht mehr eindeutig „feindlich“ gestimmt.*

Diese Hypothese impliziert, dass die damaligen Staatspräsidenten des Irans und der USA, Hassan Rohani und Barack Obama, zum Zeitpunkt der Verhandlungen zum Atomabkommen 2015 einen gewissen „Grundkonsens“ über die Ausrichtung der Außenpolitik gegenüber dem jeweils anderen Staat verfügten. Es könnte vermutet werden, dass dieser „Grundkonsens“ in der Einsicht der Notwendigkeit der Kooperation beider Staaten zu dem Thema der nuklearen Aufrüstung bestand. Dazu sollen aus der iranischen Perspektive Reden des iranischen Präsidenten Hassan Rohanis sowie ein Beitrag des iranischen Außenministers Zarif im amerikanischen Fachjournal *Foreign Affairs* mit einer Rede von Rohanis Vorgänger Mahmud Ahmadineschad und aus der amerikanischen Perspektive Reden Barack Obamas mit Reden seines Vorgängers George W. Bush verglichen werden.

III. Eine empirische Analyse des Atomabkommens von Wien 2015

Im Folgenden wird nun ein Überblick über die „Atomkrise“ mit dem Iran von 2002 bis 2015 gegeben, die schließlich 2015 vorläufig mit der Nuklearvereinbarung von Wien endete.

1. Die „Atomkrise“ mit dem Iran 2002-2015

Der nationale Widerstandsrat Irans gab am 14. August 2002 der Weltöffentlichkeit Pläne über in der Bauphase befindliche Anlagen zur Produktion von angereichertem Uran in Natanz sowie eines Schwerwasserreaktors in Arak bekannt. Die internationale Staatengemeinschaft befürchtete, dass diese Anlagen von Iran verwendet werden könnten, um hoch angereichertes Uran oder Plutonium für den Waffenbau zu produzieren (Thränert 2017: 151). Des Weiteren kamen Inspektionen der IAEO zu dem Ergebnis, dass Iran importiertes Uran zu Uranmetall transformiert hatte. Dies ist eine wichtige Maßnahme auf den Weg zum Bau einer Atombombe. Ferner führten die Inspektionen der IAEO zum Fund von Teilchen hoch angereicherten Urans in der Anlage von Natanz. Dieser Fund stand im Widerspruch zu früheren iranischen Verlautbarungen und konnte als Beweis für den Atomwaffenbau gesehen werden. Kenneth Grill, der amerikanische Botschafter bei der IAEO, hatte eigentlich die Intention, die iranische

Nichtbefolgung des NVV zu bestätigen und die Causa Iran an den UN-Sicherheitsrat zu übergeben. Im September 2003 überredete die Mehrheit der bei einer IAE0-Gouverneursratssitzung anwesender Delegationen jedoch die USA, Iran eine letzte Möglichkeit zur Erläuterung der Vorkommnisse zu geben (Thränert 2017: 151).

Daraufhin begaben sich die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands am 21. Oktober 2003 unmittelbar nach Teheran, um mit der iranischen Regierung eine Zwischenlösung abzustimmen. Die Europäer verfolgten die Strategie, dass der Iran das wegen seines undurchsichtigen Verhaltens verlorene Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft durch den Verzicht auf Anreicherungsmaßnahmen und eine verbesserte Transparenz wiedererlangen sollte. Die „E3“ unterschrieben mit der iranischen Regierung eine Erklärung, in der Teheran in mehr Offenheit bezüglich der unmittelbaren Implementation des IAE0-Zusatzprotokolls einwilligte und sich verpflichtete, diese Erklärung dem iranischen Parlament zur Ratifikation zuzustellen (Thränert 2017: 151). Weiterhin stimmte Iran einer unmittelbaren und temporären Suspendierung seiner Urananreicherungs- und Schwerwasserprojekte zu. Daraufhin nahm der Iran jedoch trotz der Teheran-Vereinbarung die Produktion von Zentrifugen für die Urananreicherung wieder auf und zeigte der IAE0 nicht die benötigte Offenheit. Schließlich führten die Europäer noch einen zweiten diplomatischen Gesprächsversuch durch (Thränert 2017:151 f.).

Am 14. November 2004 einigten sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien, assistiert durch den Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana, mit dem Iran auf das „Pariser Abkommen“. Wieder versprach Iran die Suspendierung seines Urananreicherungsprogramms. Nun wurde jedoch die Dimension der Suspendierung genau festgelegt. Von Seiten des Irans war Bedingung für das Abkommen, dass die Europäer sich den amerikanischen Forderungen, die Causa Iran dem UN-Sicherheitsrat zu übergeben, widersetzen würden (Thränert 2017: 152). Nachdem Mahmud Ahmadineschad im August 2005 zum iranischen Präsidenten gewählt wurde, befolgte Iran sukzessive die in Paris getroffenen Regelungen nicht mehr. Teheran nahm nach und nach sein Urananreicherungsprogramm wieder auf und beendete die Befolgung des IAE0-Zusatzprotokolls.

Mithin befürworteten die Europäer gemeinsam mit den USA im IAEO-Gouverneursrat einen Beschluss, die Causa Iran nun doch am 4. Februar 2006 an den UN-Sicherheitsrat zu übergeben (Thränert 2017: 152). Dies markierte den Beginn des Formats der „E3/EU+3“. Diese Gruppierung, die sich aus den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und Deutschland zusammensetzte, handelte eine Doppelstrategie aus. Einerseits bestand die Möglichkeit, dass Teheran die Kernenergie lediglich für friedliche Zwecke einsetzen würde. In diesem Fall würde Iran Anreize in Gestalt von Verhandlungen erhalten. Andererseits hätte der Fall eintreten können, dass Teheran ein potenziell militärisch nutzbares Militärprogramm errichtet hätte. In diesem Fall hätten die E3/EU+3 mithilfe von Sanktionen Druck auf den Iran ausgeübt (Thränert 2017: 152).

Daraufhin stellte diese Gruppe von Staaten der iranischen Regierung über Javier Solana am 6. Juni 2006 einen offiziellen Vorschlag zu. Nach diesem Angebot sollte Iran bei der Errichtung ziviler Leichtwasserreaktoren unterstützt werden. Als „Gegenleistung“ sollte Iran seine Differenzen bezüglich des Atomprogramms mit der IAEO beilegen, die Suspendierung der Urananreicherung und der Schwerwasserprogramme sowie die Implementation des IAEO-Zusatzprotokolls zum Zwecke der Verifikation durchführen (Katzman 2011: 27). Die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte, zusammen mit den anderen Staaten in Gesprächen mit Iran eine weitreichende Lösung finden zu wollen. Dies war der erste ernstzunehmende Gesprächsvorschlag der USA an Iran seit der Geiselnahme von Teheran 1979. Jedoch war die Bedingung von Rice für Gespräche, dass Iran sein Urananreicherungsprogramm im Voraus nachvollziehbar aufgeben würde. Jedoch lehnte Iran diese Bedingung ab (Thränert 2017: 152).

Die Annahme der UN-Sicherheitsratsresolution 1696 erfolgte am 31. Juli 2006. Diese Resolution wies Iran an, die Urananreicherung und die Schwerwasserprojekte innerhalb eines Monats zu suspendieren. Daraufhin wurde am 23. Dezember 2006 eine weitere Sicherheitsratsresolution (1737) mit der gleichen Anweisung beschlossen; diese hatte jedoch zum ersten Mal Sanktionen gegen Iran zum Inhalt (Thränert 2017: 152 f.). Die E3/EU+3 wollten unbedingt die Atomwaffenproduktion durch Iran mithilfe einer Strategie von Druck und Bereitwilligkeit zu Gesprächen unterbinden. Ein weiterer Verhandlungsvorschlag,

der am 14. Juni 2008 durch Javier Solana dem Iran übergeben wurde, wurde auch durch die amerikanische Außenministerin Rice unterzeichnet. Jedoch lehnte es Iran weiterhin ab, als Bedingung für den Beginn der Gespräche seine Urananreicherungs- und Schwerwasservorhaben zu suspendieren (Thränert 2017: 153).

Der seit Januar 2009 amtierende US-Präsident Barack Obama konnte sich einer bereits bestehenden, von Europäern gegründeten internationalen Koalition anschließen. Bereits während seines Präsidentschaftswahlkampfes hatte Obama deutlich gemacht, dass er den Bau einer iranischen Atombombe verhindern würde (Thränert 2017: 153). Auch als Präsident blieb Obama bei dieser Strategie: er betonte, dass die Regierenden im Iran verstehen sollten, dass er keine Politik der Beherrschung, sondern der Verhinderung der Entwicklung einer iranischen Atombombe verfolgen würde (vgl. Obama, 2012a). Obama begründete diese Politik mit fünf Punkten. Ein nuklear bewaffneter Iran würde die Existenz Israels, die Sicherheit der Golfstaaten sowie die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohen. Des Weiteren erörtert er, dass eine nukleare Bewaffnung des Irans in ein nukleares Wettrüsten in der Region münden und den Nichtverbreitungsvertrag aushöhlen würde (Obama, 2012b).

Des Weiteren legte Obama sein Streben nach einer weitgehenden Neuausrichtung der amerikanischen Beziehungen zu Iran dar. Zum iranischen Neujahrfest richtete der amerikanische Präsident Glückwünsche an das iranische Volk aus. Zudem übermittelte Obama in zwei privaten Briefen an den iranischen religiösen Führer Khamenei sein Interesse an harmonischeren Beziehungen zwischen den beiden Staaten (Thränert 2017: 153). Jedoch musste Obama im September 2009 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem britischen Premierminister Gordon Brown den Fund einer zweiten versteckten iranischen Urananreicherungsanlage in Fordo mitteilen. Daraufhin gelang es US-Staatssekretär William Burns jedoch bei einem Gespräch in Genf am 1. Oktober 2009 nach mehrstündigen Verhandlungen mit einer iranischen Delegation, eine Zutrittserlaubnis der IAEA für die Fordo-Anlage zu bekommen (Thränert 2017: 154). Ab Februar 2010 steigerte Iran sein Urananreicherungsprogramm auf bis zu 20%. Daraufhin trieben die USA die Initiative für weitere Sanktionen voran, die am 9. Juni 2010 infolge der UN-

Sicherheitsresolution 1929 auch vereinbart wurde. Diese Resolution umfasste unter anderem ein Embargo für die meisten Waffen und Wirtschaftssanktionen. Diese Wirtschaftssanktionen zielten auch gegen die iranischen Revolutionsgarden (Thränert 2017: 154). Weitere Verhandlungsrunden im April 2012 in Istanbul, im Mai 2012 in Bagdad sowie im Februar 2013 in Kasachstan konnten keine Ergebnisse hervorbringen.

Jedoch hatte die Obama-Administration seit dem Frühjahr 2011 eine weitere Gesprächsebene mit Teheran etabliert. Allerdings war bei den Verhandlungen kein Fortschritt erreichbar, solange der durch antisemitische Äußerungen auffallende iranische Präsident Ahmadineschad dieses Amt innehatte. Eine positive Veränderung der Situation erfolgte erst nach der Ernennung Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten 2013. Dieser war an harmonischeren Beziehungen zum Westen interessiert und wollte erreichen, dass die iranischen Sanktionen aufgehoben wurden. Daraufhin kontaktierte Obama Rohani sowohl brieflich als auch telefonisch. Beide trafen sich im Oman und auch an anderen Orten zu geheimen bilateralen Verhandlungen. Diese Gespräche führten zu einem vorläufigen Abkommen (Thränert 2017: 155).

Am 24. November 2013 wurde in Genf der gemeinsame Aktionsplan (Joint Plan of Action, JPOA) durch die E3/EU+3 und Iran verkündet. Nun teilten die Vertreter Irans zum Ersten Mal mit, dass sie Einschränkungen des Urananreicherungsprogramms zustimmen würden. Des Weiteren wurde vereinbart, dass der Bau des Schwerwasserreaktors von Arak beendet werden würde. Den Inspektoren der IAEA sollte der Zutritt zu Irans Atomanlagen erleichtert werden. Als Gegenleistung wurde vereinbart, dass keine neuen Sanktionen gegen Iran beschlossen würden. Die Sanktionen sollten sogar reduziert werden. Ferner wurde zugesichert, dass innerhalb eines Jahres ein umfassendes Abkommen ausgearbeitet werde (Thränert 2017: 155).

Die weiteren Verhandlungen mündeten schließlich in die Lausanner Erklärung vom 2. April 2015. Diese von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU Mogherini und dem iranischen Außenminister Zarif publizierte Mitteilung beinhaltete den Grundrahmen einer umfassenden

Vereinbarung (Thränert 2017: 157). Am 14. Juli 2015 wurde dann schließlich der JCPOA von allen Vertragsparteien unterzeichnet (Thränert 2017: 159).

2. Empirischer Test der Hypothesen

a) Aus der Regimetheorie abgeleitete Hypothesen

Hypothese 1: *Der Iran war zu dem Zeitraum der Verhandlungen zum Atomabkommen ein dependenter Staat (vgl. die Konzeption bei Schimmelfennig 2017: 93).*

Die Öl- und Gasindustrie, der Petrochemie, der Kfz-Industrie sowie die Landwirtschaft und Stahlindustrie stellen die Hauptzweige der Wirtschaft Irans dar. Die Regierung legt die wirtschaftlichen Ziele in Fünf-Jahresplänen fest. Ferner besteht eine Dependenz der iranischen Wirtschaft von der Erdöl- und Erdgasproduktion, dem bedeutendsten Bereich der iranischen Wirtschaft. Die staatliche NIOC (National Iranian Oil Company) hat eine Monopolstellung bei der Förderung des Erdöls inne. Des Weiteren sind über 80 % der iranischen Deviseneinnahmen auf den Ölverkauf durch NIOC zurückzuführen. 60 % dieser Devisen werden jedes Jahr unter anderem für die Finanzierung von religiösen Stiftungen verwendet. Mithin ist der Iran fast vollständig auf den Erdölexport angewiesen und eine Begrenzung des Erdölexports hätte auf lange Sicht erhebliche negative Folgen für die Wirtschaft und die Einwohner dieses Staates (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 12).

Meier-Walser und Tabatabai erörtern, dass die iranische Wirtschaft bis zum Abschluss des JCPOA durch starken Inflationsdruck, steigende Binnenverschuldung, einen niedrigen Ölpreis und damit sinkende Exporteinnahmen und durch eine hohe inoffizielle Arbeitslosigkeit geprägt gewesen sei. Des Weiteren sei die Inflationsrate unter der Vorgängerregierung von Ex-Präsident Mahmoud Ahmadineschad auf 34,7 % im Jahr 2013 angestiegen (vgl. Meier-Walser/Tabatabai 2019: 13). Zudem waren die wichtigsten Motive des Irans für die Unterzeichnung des JCPOA neben der aufgewerteten außen- und sicherheitspolitischen Position in erster Linie die Reform der größtenteils staatlich

gesteuerten Wirtschaft und die Wiedereingliederung in den Weltmarkt (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 12).

China war 2014 Hauptabnehmerland der iranischen Exporte (41,9 %). Es folgt Indien mit 17,1 % (Germany Trade & Invest 2015: 3, Tabelle 2). Außerdem war Erdöl und Erdgas 2013 mit einem Anteil von 69,7 % am Gesamtexport das wichtigste Exportgut Irans. Sonstige Exportgüter hatten 2013 einen Anteil von 30,3 % am Gesamtexport Irans (Germany Trade & Invest 2015: 3). Diese Daten belegen die erhebliche Dependenz der iranischen Wirtschaft von den Handelsbeziehungen zu anderen Staaten vor dem Atomabkommen 2015, insbesondere zu China und Indien. Folglich hätte ein Stopp des Erdölimports durch China und Indien letztlich sogar das politische „Überleben“ der Islamischen Republik Iran infrage gestellt. Insofern war Iran zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen zum Atomabkommen ein dependenter Staat. Folglich kann die oben genannte Hypothese bestätigt werden.

Hypothese 2: *Durch das Atomabkommen von Wien wurde ein starkes internationales Regime geschaffen (vgl. Schimmelfennig 2017: 103).*

Im JCPOA ist ein Streitschlichtungsmechanismus im Artikel 36 JCPOA sowie der sogenannte „snap-back“-Mechanismus in Artikel 37 JCPOA sowie Ziffer 11 der Resolution 2231 (2015) des UN-Sicherheitsrates verankert worden (Auswärtiges Amt, 2015; UN-Sicherheitsrat, 2015). Dieser „snap-back“-Mechanismus besagt, dass bei einem Verstoß Irans gegen das Atomabkommen die aufgehobenen UN-Sanktionen wieder in einem vereinfachten Verfahren ohne Entscheidung des UN-Sicherheitsrates durchgesetzt werden können. Weiterhin kommen Vertreter der Vertragsparteien einmal im Quartal zu einer Gemeinsamen Kommission, der *“Joint Commission“*, zusammen. Es werden Fragen der Implementierung und der Auslegung des Nuklearabkommens von Wien unter Vorsitz der Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes besprochen (Auswärtiges Amt, 2019). Des Weiteren wird die Kontrolle der Kooperationstreue, also die Kontrolle der Nuklearaktivitäten Irans, im JCPOA an die IAEA delegiert. Dies ist in Art. x. JCPOA geregelt (Auswärtiges Amt, 2015). Im Iran werden sogar aufgrund der Regelungen des JCPOA *„die weltweit strengsten Kontrollen durch die IAEO“*

(Auswärtiges Amt, 2019) durchgeführt. Folglich handelt es sich bei dem JCPOA um ein starkes Regime. Mithin kann diese Hypothese empirisch validiert werden.

b) Aus dem Konstruktivismus abgeleitete Hypothesen

Hypothese 1: *Zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen zum Atomabkommen von Wien 2015 können die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Iran unter der Obama-Administration im Vergleich zu den amerikanisch-iranischen Beziehungen in der Amtszeit George W. Bushs zumindest nicht als „Kultur der Feindschaft“ (Wendt 2013: 259 f.) eingeordnet werden.*

Die empirische Überprüfung dieser ersten Hypothese soll nun insbesondere anhand des Wandels der Rhetorik bezüglich Iran von Präsident George W. Bush hin zu Präsident Barack Obama untersucht werden. Zur Veranschaulichung sollen zunächst die Rede von George W. Bush vom 5. September 2006 *“President Discusses Global War on Terror“* im Capital Hilton Hotel, Washington D.C und daraufhin zum Vergleich die Rede *“Remarks by President Obama in Address to the United Nations General Assembly“* von Barack Obama vom 24. September 2013 herangezogen werden. Noch im Jahr 2006 äußerte sich der damalige US-Präsident George W. Bush wie folgt zum Iran:

“And the Shia extremists have achieved something that al Qaeda has so far failed to do: In 1979, they took control of a major power, the nation of Iran, subjugating its proud people to a regime of tyranny, and using that nation’s resources to fund the spread of terror and pursue their radical agenda. Like al Qaeda and the Sunni extremists, the Iranian regime has clear aims: They want to drive America out of the region, to destroy Israel, and to dominate the broader Middle East” (Bush, 2006). Des Weiteren stellt Bush in der gleichen Rede klar: *“America will not bow down to tyrants. The Iranian regime and its terrorist proxies have demonstrated their willingness to kill Americans — and now the Iranian regime is pursuing nuclear weapons. The world is working together to prevent Iran’s regime from acquiring the tools of mass murder”* (Bush, 2006).

Aus diesen Zitaten geht deutlich hervor, dass Iran von der Bush-Administration als *“Schurkenstaat“* angesehen wird, der unmittelbar Nuklearwaffen entwickelt und insofern die Sicherheit insbesondere Israels essentiell bedroht. Zudem impliziert die Rede Bushs, dass die Vereinigten Staaten unter seiner Regierung langfristig

einen Regimewechsel im Iran einleiten wollen. Nunmehr wird zum Vergleich die Rede von US-Präsident Barack Obamas vor der Generalversammlung der UN vom 24. September 2013 analysiert. Obama äußert sich hier wie folgt zum potentiellen Nuklearprogramm Irans: *“Since I took office, I’ve made it clear in letters to the Supreme Leader in Iran and more recently to President Rouhani that America prefers to resolve our concerns over Iran’s nuclear program peacefully, although we are determined to prevent Iran from developing a nuclear weapon. We are not seeking regime change and we respect the right of the Iranian people to access peaceful nuclear energy. Instead, we insist that the Iranian government meet its responsibilities under the Nuclear Non-Proliferation Treaty and U.N. Security Council resolutions”* (Obama, 2013). Dieses Zitat aus der Rede Obamas macht deutlich, dass die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2013 (innerhalb der Verhandlungsphase zum Atomabkommen) die Annäherung an den Iran suchten und nicht einen Wechsel des politischen Systems herbeiführen wollten. Jedoch wird von Obama explizit hervorgehoben, dass Iran „mit allen Mitteln“ von der Produktion nuklearer Waffen abgehalten werden soll. Folglich ist zu konstatieren, dass sich die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und USA auch unter Obama nicht wirklich von einer *„Kultur der Feindschaft“* (Wendt 2013: 259 f.) zu einer *„Kultur der Rivalität“* (Wendt 2013: 279 f.) entwickelt haben. Mithin muss die oben genannte Hypothese falsifiziert werden.

Hypothese 2: *Von der US-amerikanischen Bevölkerung wurde der Iran zum Zeitpunkt des Atomabkommens 2015 nicht mehr lediglich als „Feind“ wahrgenommen.*

Zur empirischen Überprüfung der Hypothese soll nun eine US-amerikanische Meinungsumfrage zum Thema Iran im Zeitraum 2012-2015, also innerhalb der Verhandlungen zum Atomabkommen 2015, ausgewertet werden.

Interessant ist die Entwicklung der Einstellung der US-Amerikaner im Zeitraum 2012-2015 bezüglich dem Staat Iran zu der Frage: *“What one country anywhere in the world do you consider to be the United States' greatest enemy today?”* (Gallup, 2019). Im Jahr 2012 stuften nämlich 32% der befragten US-Amerikaner den Iran als „den größten Feind“ der USA ein, Iran war in diesem Jahr der Staat mit dem höchsten Prozentwert. Im Jahr 2014 waren es noch 16% und schließlich im Jahr

2015, dem Jahr des Wiener Atomabkommens, nur noch 9% der befragten US-Amerikaner, die Iran als den „größten Feind“ der USA sahen. Iran war sogar 2015 auf der Rangliste des „größten Feinds“ der USA hinter Russland (18%), Nordkorea (15%) und China (12%) auf dem vierten Platz (Gallup 2019, Tabelle 6).

Folglich deuten diese Daten an, dass sich auch die Sichtweise der amerikanischen Bevölkerung bezüglich des Irans infolge des Atomabkommens verändert hat. Es kann die Vermutung geäußert werden, dass dieser Wandel in der „öffentlichen Meinung“ schließlich auch indirekt Einfluss auf die Ansicht der Abgeordneten in beiden Kammern der Vereinigten Staaten (US-Senat und US-Repräsentantenhaus) hatte, die das Nuklearabkommen von Wien innerhalb von 60 Tagen prüfen und über einen gemeinsamen Gesetzesbeschluss (Joint Resolution) bezüglich des Abkommens votieren konnten. Dabei musste keine Zweidrittelmehrheit im US-Senat erreicht werden, da es sich bei dem JCPOA nicht um einen Vertrag im Sinne des Völkerrechts handelt (Meier/Zamirirad 2015: 2). Des Weiteren könnte man aus diesen Daten schlussfolgern, dass 2015 die Bürger der USA die Bedrohungslage durch den Iran nicht mehr so eindeutig negativ einschätzten wie noch 2012. Mithin kann die oben genannte Hypothese bestätigt werden.

Hypothese 3: Verfolgen hohe Regierungsvertreter von zwei Staaten einen gewissen positiven „Grundkonsens“ bezüglich der Ausrichtung ihrer Außenpolitik gegenüber dem anderen Staat, dann sind die Beziehungen zwischen diesen Staaten zumindest nicht mehr eindeutig „feindlich“ gestimmt.

Nunmehr soll zunächst eine Rede von Irans ehemaligem Präsidenten Mahmud Ahmadineschad vor der 66. Generalversammlung der UN vom 23. September 2011 mit einer Rede des iranischen Präsidenten Hassan Rohani vor der 69. Generalversammlung der UN vom 25. September 2014 und einem Beitrag des iranischen Außenministers Mohammad Javad Zarif in der amerikanischen Fachzeitschrift *Foreign Affairs* von Mai/Juni 2014 verglichen werden.

Der damalige iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad äußerte sich noch im Jahr 2011 vor der Generalversammlung der UN zu seiner Haltung bezüglich den USA noch unter anderem wie folgt: *“Who used the mysterious September 11 incident as a pretext to attack Afghanistan and Iraq, killing, injuring, and*

displacing millions in two countries with the ultimate goal of bringing into its domination the Middle East and its oil resources?” (Ahmadineschad, 2011).

Zunächst verharmlost Ahmadineschad hier die Terrorattacken des 11. September 2001 mit fast 3000 Toten als ein *“mysterious incident”*. Zudem wirft er den USA vor, „Drahtzieher“ der Terrorattacken vom 11. September 2001 zu sein. Diese hätten die Terroranschläge des 11. September 2001 als Vorwand für den Angriff auf Afghanistan und Irak genutzt. Des Weiteren sei das eigentliche Ziel der USA die Herrschaft über die Ölressourcen des Mittleren Ostens. Folglich kommt in diesen Ausführungen Ahmadineschads das klare Feindbild der USA zum Vorschein und es wird klar, dass der Iran unter seiner Präsidentschaft in keinerlei Weise gewillt war mit den USA in jeglicher Form zu kooperieren. Des Weiteren versucht er, die USA als durchgängig immoralisch handelnden Akteur darzustellen.

Nunmehr wird zum Vergleich die Rede seines Nachfolgers Hassan Rohani vor der Generalversammlung der UN vom 25. September 2014 herangezogen. Hier äußerte sich Rohani zu den Verhandlungen für ein Atomabkommen wie folgt:

“We are of the view that the nuclear issue could only be resolved through negotiation, and those who may think of any other solution are committing a grave mistake. Any delay in arriving at a final agreement only raises the costs; not only at our expense but also at the expense of the economy and trade of the other parties as well as the development and security prospects of our region. No one should doubt that compromise and agreement on this issue is in the best interest of everyone especially that of the nations of the region” (Rohani, 2014). Zudem führt er aus: *“We are committed to continue our peaceful nuclear program, including enrichment, and to enjoy our full nuclear rights on Iranian soil within the framework of international law” (Rohani, 2014).*

Ferner führt der Außenminister Irans, Mohammad Javad Zarif, in der amerikanischen Fachzeitschrift *Foreign Affairs* ganz ähnlich zu der Außenpolitik Irans unter der Regierung Rohani aus: *“Guided by this conceptual framework, the foreign policy of the Islamic Republic under the current administration will be based on achieving understanding and consensus at the national level and constructive engagement and effective cooperation with the outside world. Iran’s*

policies will be guided by the principles of dignity, rationality, and prudence” (Zarif 2014: 57). Zudem äußert er sich zum Nuklearprogramm Irans folgendermaßen: *“Iran has no interest in nuclear weapons and is convinced that such weapons would not enhance its security. Iran does not have the means to engage in nuclear deterrence—directly or through proxies—against its adversaries”* (Zarif 2014: 58).

Aus dieser Rede Rohanis und dem Beitrag Zarifs wird deutlich, dass in beiden Äußerungen im Kontrast zur Rede Ahmadineschads eine Änderung der Haltung zur USA deutlich wird. Ahmadineschad sah die USA noch als das Feindbild schlechthin an. Bei Rohani und Zarif ist eher ein rational geprägter Ansatz der Außenpolitik zu erkennen, der die Unumgänglichkeit der internationalen Kooperation der Staaten zu diesem Thema anerkennt. Zudem impliziert die Rede Rohanis und der Beitrag Zarifs, dass sie auch die Kooperation mit den USA zu der „Nuklearfrage“ als notwendig ansehen. Ferner betont insbesondere Rohani die Bedeutung der Beachtung des Völkerrechts. Des Weiteren sichern Rohani und Zarif die friedliche Nutzung des iranischen Atomprogramms zu.

Nunmehr soll die Rede George W. Bushs *„State of the Union Address to the 107th Congress”* im Kapitol der Vereinigten Staaten in Washington D.C. vom 29. Januar 2002 mit der sogenannten *„Prager Rede“* von Barack Obama vom 5. April 2009 verglichen werden. George W. Bush äußert sich hier unmissverständlich zu Iran und dem iranischen Atomwaffenprogramm: *Iran aggressively pursues these weapons and exports terror, while an unelected few repress the Iranian people’s hope for freedom. (...) States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world”* (Bush, 2002). Durch diese Aussage George W. Bushs wird deutlich, dass er und seine Administration neben Nordkorea und Irak den Iran als einen “Schurkenstaat” ansehen, der ausländische Terrorgruppen unterstützt und seine eigenen Bürger massiv unterdrückt. Weiterhin wird durch diese Äußerung George W. Bushs deutlich, dass Iran ein Staat ist, der den Weltfrieden bedroht und infolgedessen kein Kooperationspartner für die Vereinigten Staaten in jeglicher Hinsicht sein kann.

Im Gegensatz dazu wird nun die sogenannte *„Prager Rede“* seines Nachfolgers als US-Präsidenten Barack Obama vom 5. April 2009 herangezogen. Hier äußert sich

Barack Obama im Kontext seiner Vision einer „Welt ohne Atomwaffen“ wie folgt: *“Iran has yet to build a nuclear weapon. My administration will seek engagement with Iran based on mutual interests and mutual respect. We believe in dialogue“* (Obama, 2009). Dieses Zitat Obamas zeigt nun die grundsätzliche Ausrichtung seiner Außenpolitik gegenüber Iran: diese soll nun im Gegensatz zu seinem Vorgänger George W. Bush, der auf die Isolierung Irans von der übrigen Welt setzte, insbesondere Dialog und Kooperation mit Teheran betonen. Des Weiteren impliziert die Äußerung, dass seine Regierung nunmehr „auf Augenhöhe“ mit dem Iran reden und gegenseitige Aversionen beigelegt werden sollen. Auffallend ist, dass die Präsidenten beider Staaten, Barack Obama und Hassan Rohani, für ihre Außenpolitik gegenüber dem anderen Staat insbesondere den Wert von Kooperation, Dialog und Kompromiss betonen. Dieser „Grundkonsens“ in der Außenpolitik unterscheidet diese in erheblichem Maße von der Außenpolitik ihrer Vorgänger, Mahmoud Ahmadineschad und George W. Bush. Zudem ist insbesondere der Wandel von der „feindlichen Rhetorik“ Ahmadineschads und Bushs zu der „freundlicheren“ Rhetorik Obamas und Rohanis sowie Zarifs bemerkenswert. Folglich kann die oben genannte Hypothese validiert werden.

IV. Fazit und Ausblick

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die Regimetheorie die Intentionen Irans für den Abschluss des JCPOA gut erklären kann. Diese waren in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Jedoch ist der Konstruktivismus eher in der Lage, die Intentionen des Irans und der USA für den Vertragsabschluss und den „Wandel“ in der Haltung der beiden Staaten gegenüber dem jeweils anderen Staat aufzuzeigen. Bei der empirischen Überprüfung der aus der Regimetheorie abgeleiteten Hypothesen konnte festgestellt werden, dass der Iran zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen ein hochgradig dependenter Staat war. Iran war insbesondere im Hinblick auf den Erdöllexport von China und Indien abhängig. Mithin könnte vermutet werden, dass gerade die Aussicht auf die Lockerung der Sanktionen von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft als auch die Gewährleistung der Fortführung der Erdölexporte in Staaten wie China oder Indien für den Iran ein Motiv für den Abschluss des JCPOA war.

Ferner konnte durch den empirischen Test der aus dem Konstruktivismus abgeleiteten Hypothesen ermittelt werden, dass sich sowohl die Haltung der USA im Hinblick auf den Iran durch den Wechsel von Präsident George W. Bush zu Präsident Barack Obama als auch die Sichtweise des Irans auf die USA durch den Wechsel von Präsident Mahmud Ahmadineschad zu Präsident Hassan Rohani verändert hat. In beiden Staaten konnte ein Wandel von einer „feindlich“ gesinnten Außenpolitik gegenüber dem anderen Staat hin zu einer den Dialog und Kooperation betonenden Außenpolitik beobachtet werden. Zudem kann festgehalten werden, dass die Staatspräsidenten des Irans und der USA zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des JCPOA, Obama und Rohani, die Unabdingbarkeit der Kooperation in der „nuklearen“ Frage erkannt haben. Aus Sicht der USA würde nämlich ein nuklear bewaffneter Iran die Kräfteverhältnisse im Mittleren Osten verändern und eine existenzielle Bedrohung für Israel, den engsten Verbündeten der USA in dieser Region, darstellen (Benjamin/Simon 2019: 58).

Im Ergebnis kann jedoch festgestellt werden, dass der Konstruktivismus ein wenig besser die Motive und Intentionen des Irans und der USA für den Abschluss des JCPOA erklären kann. Denn erst der „Mentalitätswandel“ der entscheidenden Akteure, Präsident Obama und Präsident Rohani, die sich entschieden von der „Konfrontationspolitik“ ihrer Vorgänger abgewandt haben, hat den Vertragsabschluss von Wien möglich gemacht.

Jedoch wurde der JCPOA am 8. Mai 2018 unilateral durch die USA unter Präsident Donald Trump gekündigt (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 15). Zwischen der Trump-Administration und dem Iran herrscht nun wieder auch aufgrund der Einstellung des diplomatischen Dialogs eindeutig eine „*Hobbesian culture*“ (vgl. Wendt 2013: 259 f.). Mithin kann festgestellt werden, dass unter der heutigen amerikanischen Präsidentschaft die „*40-Year Obsession With Iran*“ (Benjamin/Simon, 2019) andauert. Es kann definitiv momentan von einer „Feindschaft“ zwischen den USA und dem Iran gesprochen werden. Im Folgenden soll nun ein Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen im Hinblick auf einen potenziell nuklear bewaffneten Iran, aber auch auf potenzielle Handelsbeziehungen mit dem Iran gegeben werden.

Die USA haben nach ihrem unilateralen Ausstieg aus dem JCPOA die sekundären Sanktionen gegen den Iran wiedereingesetzt. Diese Sanktionen treffen die bedeutendsten Industriezweige des Irans, unter anderem die Öl- und Gasindustrie (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 15). Diese US-Sekundärsanktionen betreffen den Handel ausländischer Privatpersonen sowie von Firmen in der Energie- und Finanzbranche mit dem Iran (Lohmann, 2015). Ferner kam es zu einem Anstieg der Inflationsrate im Iran von 9,9 % im Jahr 2017, 29,57 % im Jahr 2018 und schließlich 34,12 % im Jahr 2019. Diese Zahlen weisen auf einen erheblichen Anstieg der wirtschaftlichen Probleme für die Bürger des Irans unter der Regierung Hassan Rohanis hin. Der Alltag eines jeden iranischen Bürgers wird von der außerordentlichen Steigerung der Haus-, Auto- und Lebensmittelpreise geprägt (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 15).

Die EU, insbesondere Deutschland, Frankreich und Großbritannien, nehmen bezüglich des Irans politisch eine entschieden gegensätzliche Position zur USA ein. Zudem appellieren China und Russland als weitere Vertragsparteien an die USA, den JCPOA zu befolgen. Außerdem hat die Europäische Kommission den sogenannten „blocking status“ verkündet. Dieser hat zum Inhalt, dass europäische Firmen ohne Rücksicht auf die Sanktionen der USA mit Iran handeln dürfen. Zu diesem Zweck wurde am 31. Januar 2019 das Instrument für Supporting Trade Exchanges (INSTEX) durch Deutschland, Frankreich und Großbritannien geschaffen. Der Zweck von INSTEX ist die Realisierung von „*legitimen Finanztransaktionen*“ Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs mit dem Iran und folglich die Förderung des Außenhandels zwischen der EU und dem Iran (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 16).

Jedoch steht die Implementierung von INSTEX vor einigen Problemen. Unter anderem ist der Handel, der über INSTEX durchgeführt werden kann, lediglich auf humanitäre Produkte begrenzt. Jedoch sind im Rahmen des Außenhandels über INSTEX grundlegende Maschinen und Ersatzteile für die wichtigsten iranischen Industriezweige nicht berücksichtigt. Iran ist zwar nach dem JCPOA zum Erwerb dieser Güter berechtigt. Dennoch scheuen deutsche Unternehmer aus Angst vor Sanktionen der USA den Handel dieser Güter mit dem Iran (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 17). Nach dem heutigen Stand wird der Iran nicht aus der Perspektive der USA, jedoch aus der Sicht der europäischen Staaten als

Handelspartner gesehen. Dies zeigt das Beispiel des Zahlungsinstrumentes INSTEX.

Der Iran hat 2019 vier Schritte durchgeführt, um seine nuklearen Aktivitäten zu erweitern. Jede dieser Aktivitäten stellte einen Verstoß gegen eine oder mehrere Regeln des JCPOA dar (Singh, 2019). Am 8. Mai 2019 verkündete die Regierung des Irans, dass sie sich nicht mehr an die durch den JCPOA vorgeschriebene Begrenzung der Lagerung von niedrig angereichertem Uran halten würde. Daraufhin deuteten iranische Beamte am 7. Juli 2019 an, dass der Iran nun Uran auf 4,5 % anreichern würde. Dies übersteigt den Anreicherungsgrad von 3.67 %, der als Obergrenze im JCPOA festgeschrieben ist. Am 6. September 2019 teilten iranische Offizielle mit, dass sie die Forschung und die Entwicklung von modernen Zentrifugen beschleunigen würden, die Iran dazu befähigen, Uran schneller und mit weniger Zentrifugen anzureichern. Die Urananreicherung könnte Iran dann in kleineren, leichter zu verbergenden Einrichtungen durchführen. Schlussendlich gaben iranische Stellen am 9. November 2019 bekannt, dass sie die Urananreicherung in ihrer unterirdischen Anlage Fordo wiederaufgenommen hätten (Singh, 2019).

Die europäischen Vertragsparteien des JCPOA, die EU und die „E3“, haben außer der öffentlichen Verurteilung der Aktivitäten Irans wenig gegen die wiederholten Provokationen getan. Dieses Verhalten wird damit begründet, dass die Europäer die USA beschuldigen, die Krise durch ihren Rücktritt vom JCPOA ausgelöst zu haben und selbst den JCPOA bewahren wollten. Jedoch scheint sich diese Einstellung geändert zu haben. Aufgrund der neuesten nuklearen Provokationen Teherans warnte die EU, dass weitere Provokationen von Seiten Irans die Konfliktschlichtungsklausel des JCPOA auslösen könnte. Dieser Schritt könnte die Wiedereinsetzung europäischer Sanktionen zur Folge haben (Singh, 2019).

Jedoch ist nach der Einschätzung von Experten kein grundlegender Wandel der provokativen Politik Irans zu erwarten. Es wird vermutet, dass Teheran seine Versuche, den Ölhandel zu stören, verstärkt und provokative Schritte im Hinblick auf sein Nuklearprogramm durchführt. Diesbezüglich könnte der Iran seinen Vorrat an modernen Zentrifugen und angereichertem Uran erweitern. Des Weiteren wird Iran sich mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterhin in die inneren

Angelegenheiten angrenzender Staaten, insbesondere im Irak, einmischen. Im Irak kam es bereits zur Tötung von Demonstranten durch von Iran unterstützte Streitkräfte (Rome, 2019).

Eine mögliche Lösungsstrategie der Krise mit dem Iran wäre jedoch, dass die USA zusammen mit europäischen und asiatischen Staaten eine gemeinsame diplomatische Koalition bilden. Zusammen könnten sie Iran neue Gespräche über das Nuklear- und Raketenprogramm anbieten. Diese internationale Koalition könnte dem Iran das Angebot machen, für den Fall der Kooperation des Irans und der Einstellung der nuklearen Provokationen vorübergehend die Sanktionen einzustellen. Im Gegenzug würden jedoch im Fall der Kooperationsunwilligkeit Irans die Sanktionen wieder verschärft (Singh, 2019).

Wenn der Iran beabsichtigen würde, eine Atombombe zu bauen, müsste er dies heimlich durchführen. Hierfür würden unter anderem modernere Zentrifugen benötigt, Inspektionen der betroffenen Anlagen verhindert, sowie die Raketentechnologie des Irans modernisiert werden müssen. Die Enthüllungen der letzten zwei Jahre deuten darauf hin, dass der Iran das Fundament für ein solches geheimes Nuklearprogramm gelegt hat. Zur gleichen Zeit hat der Iran auch sein offizielles Nuklearprogramm für Untersuchungen geöffnet. Folglich sollte ein neues Abkommen zum Zweck der Entdeckung und Verhinderung eines geheimen iranischen Nuklearprogrammes entworfen werden (Singh, 2019).

Ferner wäre ein bilaterales Gespräch zwischen Präsident Trump und Präsident Rohani wünschenswert, um eine Deeskalation des Konfliktes zwischen Iran und den USA herbeizuführen. Möglicherweise könnten hier Vertreter der EU als Vermittler auftreten und beide Präsidenten zur Fortführung der Gespräche bewegen (Meier-Walser/Tabatabai 2019: 30). Außer Frage steht allerdings die Schutzverpflichtung der USA und auch europäischer Staaten wie Deutschland gegenüber Israel. Wie bereits erwähnt, würde eine iranische Atombombe als existenzielle Bedrohung der Sicherheit Israels angesehen werden. Bei einem tatsächlich bewiesenen iranischen Bau einer Atombombe wäre sogar ein Militärschlag der USA und möglicherweise europäischer Staaten nicht ausgeschlossen, um diese zu verhindern.

Die theoriegeleitete Analyse der Intentionen der USA und des Irans für den Abschluss des Nuklearabkommens ergab, dass die Intentionen für den Vertragsabschluss im Fall Rohanis und der iranischen Regierung eher ökonomisch waren und im Fall der Obama-Regierung eher sicherheitspolitisch. Ferner konnte festgestellt werden, dass die Islamische Republik Iran auch unter dem US-Präsidenten Trump eher den „ewigen Feind“ der USA als einen potenziellen Handelspartner der USA darstellt.

Nun wurde jedoch am 3. Januar 2020 der mächtige Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden, Quasem Soleimani, auf Befehl von US-Präsident Donald Trump durch einen Drohnenangriff in Bagdad getötet. Suleimani wurde nach dem Revolutionsführer Khamenei und noch vor Präsident Rohani als die zweitmächtigste Person in der Islamischen Republik Iran angesehen (Borger/Chulov, 2020).

Quasem Soleimani galt als einer der größten Staatsfeinde der USA. Die von ihm befehligte Eliteeinheit der Quds-Brigaden gehört offiziell den iranischen Revolutionsgarden an. Die Quds-Brigaden sind unter anderem im Irak und im Libanon im Einsatz und haben sich die Vernichtung Israels als Ziel gesetzt. Die Tötung Soleimanis wird nunmehr von der iranischen Führung als Kriegserklärung aufgefasst (Peters, 2020).

Fraglich ist nun, mit welchen Maßnahmen der Iran auf die Tötung Soleimanis reagiert. Zum heutigen Zeitpunkt scheinen Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA über ein neues Atomabkommen nahezu unvorstellbar. Zuletzt teilte die iranische Regierung mit, dass der Iran nicht mehr die Regelungen des Atomabkommens von Wien, insbesondere die Artikel zur Begrenzung der Urananreicherung, einhalten würde (Rubin et al., 2020). Nach den derzeitigen Entwicklungen scheint sogar ein Krieg am Persischen Golf nicht ausgeschlossen zu sein.

Literaturverzeichnis

Literatur

Benjamin, Daniel, Simon, Steven 2019, America's Great Satan: The 40-Year Obsession With Iran, in *Foreign Affairs*, Vol. 98, No. 6 (November/December 2019), S. 56-66.

Gerring, John 2004, What is a Case Study and What Is it Good for?, *American Political Science Review*, Vol. 98, No.2, S. 341-355.

Hoffmann, Christiane, Koelbl, Susanne, Sandberg, Britta, 2019: Düstere Aussichten, in: *Der Spiegel* 73 (1), S. 84.

Keohane, Robert O. 2005, *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton: Princeton University Press.

Koschut, Simon 2014, Die USA und das iranische Atomprogramm: Eine konstruktivistische Konfliktanalyse, in Bock, Andreas M., Henneberg, Ingo (Hrsg.): *Iran, die Bombe und das Streben nach Sicherheit: Strukturierte Konfliktanalysen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 133-156.

Krell, Gert, Schlotter, Peter 2018, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Müller, Harald 1993, *Die Chance der Kooperation: Regime in den Internationalen Beziehungen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Nötzold, Antje 2014, Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag: Stolperstein oder Wegweiser zur Lösung des Nuklearkonflikts mit Iran?, in Bock, Andreas M., Henneberg, Ingo (Hrsg.): *Iran, die Bombe und das Streben nach Sicherheit: Strukturierte Konfliktanalysen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 111-132.

Schimmelfennig, Frank 2017, *Internationale Politik*, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Solingen, Etel 2018, Nuclear Proliferation: The Risks of Prediction, in Gheciu, Alexandra, Wohlforth, William C. : *The Oxford Handbook of International Security*, Oxford: Oxford University Press, S. 365-384.

Wendt, Alexander 2013, *Social Theory of International Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.

Thränert, Oliver 2017, Ein historischer Durchbruch? Obama und das Atomabkommen mit dem Iran, in: *Zeitschrift für Außen-und Sicherheitspolitik*, Vol.2, No.10, S. 149-164.

Zangl, Bernhard 2010, Regimetheorie, in Schieder, Siegfried, Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 131-156.

Zarif, Mohammad Javad 2014, What Iran Really Wants: Iranian Foreign Policy in the Rohani Era, in *Foreign Affairs*, Vol. 93, No. 3 (May/June 2014), S. 49-59.

Online-Quellen

Ahmadineschad, Mahmoud 2011, *Address by Dr. Mahmoud Ahmadineschad, President of the Islamic Republic of Iran before the 66th session of the United Nations General Assembly, 23 September 2011*, Online verfügbar unter:

https://gadebate.un.org/sites/default/files/gastatements/66/IR_en.pdf (letzter Zugriff: 11.12.19).

Amnesty International 2019, *Tausende wegen Teilnahme an Protesten willkürlich inhaftiert und in Foltergefahr*, Online verfügbar unter:

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/iran-tausende-wegen-teilnahme-protesten-willkuerlich-inhaftiert-und> (letzter Zugriff: 22.12.19).

Auswärtiges Amt 2015, *Gemeinsamer umfassender Aktionsplan vom 14. Juli 2015 (JCPOA)*,

Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/202520/0fbc6182ae43e45ee533bc7a61bd0f03/150714-irn-deal-download-data.pdf> (letzter Zugriff: 10.12.19).

Auswärtiges Amt 2019, *Die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm*,

Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458> (letzter Zugriff: 29.11.19).

Borger, Julian, Chulov, Martin 2020, *US kills Iran general Qassem Suleimani in strike ordered by Trump*, Online verfügbar unter:

<https://www.theguardian.com/world/2020/jan/03/baghdad-airport-iraq-attack-deaths-iran-us-tensions> (letzter Zugriff: 3.01.2020).

Bush, George W. 2002, *President delivers State of the Union Address*, The White House

Office of the Press Secretary January 29, 2002, Online verfügbar unter: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (letzter Zugriff: 12.12.19).

Bush, George W. 2006, *President Discusses Global War on Terror*, The White House Office

of the Press Secretary September 5, 2006, Online verfügbar unter: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/09/20060905-4.html> (letzter Zugriff: 12.12.19).

Fischer, Sebastian 2013, “Have a good day, Mr. President”, Online verfügbar unter:

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/us-praesident-obama-telefoniert-mit-irans-hassan-rohani-a-925028.html> (letzter Zugriff: 18.12.19).

Germany Trade & Invest 2015, *Wirtschaftsdaten kompakt: Iran (Stand: November 2015)*,

Online verfügbar unter: https://www.bak.de/w/files/netzwerk-architektur-export/07laenderinformationen/asien/iran-11.2015_wirtschaftsdaten-kompakt-iran-november-2015.pdf (letzter Zugriff: 1.12.19).

Gallup 2019, *In Depth: Topics A to Z: Iran*. Online verfügbar unter:

<https://news.gallup.com/poll/116236/iran.aspx> (letzter Zugriff: 7.12.19).

Katzman, Kenneth 2011, *Iran: US Concerns and Policy Responses*, Congressional Research

Service, Online verfügbar unter: <https://www.refworld.org/pdfid/4d6f4eb42.pdf> (letzter Zugriff: 11.12.19).

Lohmann, Sascha 2015, *Zwang zur Zusammenarbeit*, in SWP-Aktuell 54 (Juni 2015), Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Online verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A54_lom.pdf (letzter Zugriff: 30.12.19).

Meier, Oliver, Zamirirad, Azadeh 2015, *Die Atomvereinbarung mit Iran: Folgen für regionale Sicherheit und Nichtverbreitung*, in SWP-Aktuell 70 (August 2015), Stiftung Wissenschaft und Politik: Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit Berlin, Online verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A70_mro_zmd.pdf (letzter Zugriff: 12.12.19).

Meier-Walser, Reinhard, Tabatabai, Wahid A. 2019, *Krisenherd Iran: Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015*, Aktuelle Analysen 70, München: Hanns-Seidel-Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.hss.de/download/publications/AA_70_Krisenherd-Iran.pdf (letzter Zugriff: 1.12.19).

Obama, Barack 2009, *Remarks By President Obama In Prague As Delivered*, The White House Office of the Press Secretary April 5, 2009, Online verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-barack-obama-prague-delivered> (letzter Zugriff: 12.12.19).

Obama, Barack 2012a , *Remarks by the President at AIPAC Policy Conference*, The White House Office of the Press Secretary March 04, 2012, Online verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2012/03/04/remarks-president-aipac-policy-conference-0> (letzter Zugriff: 14.12.19).

Obama, Barack 2012b, *Remarks by the President to the UN General Assembly*, The White House Office of the Press Secretary September 25, 2012, Online verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2012/09/25/remarks-president-un-general-assembly> (letzter Zugriff: 14.12.19).

Obama, Barack 2013, *Remarks by President Obama in Address to the United Nations General Assembly*, The White House: Office of the Press Secretary September 24, 2013, Online verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2013/09/24/remarks-president-obama-address-united-nations-general-assembly> (letzter Zugriff: 3.12.19).

Peters, Dominik 2020, *Chef der Schattenkrieger*, Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/qasem-soleimani-wer-sind-die-quds-brigaden-aus-iran-a-1303449.html> (letzter Zugriff: 3.01.2020).

Rohani, Hassan 2014, *Statement by Dr. Hassan Rohani, The President of the Islamic Republic of Iran before the 69th session of the United Nations General Assembly 25 September 2014*, Online verfügbar unter: https://www.un.org/en/ga/69/meetings/gadebate/pdf/IR_en.pdf (letzter Zugriff: 11.12.19).

Rome, Henry 2019, *Iran Is Doing Just Fine: Tehran Has Survived U.S. Sanctions. Its Nuclear Program and Regional Activities Will, Too.* , Online verfügbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/iran/2019-11-05/iran-doing-just-fine> (letzter Zugriff: 27.12.19).

Rubin, Alissa J., Hubbard, Ben, Fassihi, Farnaz, Erlanger, Steven 2020, *Iran Ends Nuclear Limits as Killing of Iranian General Upends Mideast*, Online verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/01/05/world/middleeast/iran-general-soleimani-iraq.html> (letzter Zugriff: 6.01.2020).

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2015, *Resolution 2231 (2015)*, Online verfügbar unter: https://www.un.org/depts/german/sr/sr_15/sr2231.pdf (letzter Zugriff: 3.01.2020).

Singh, Michael 2019, *A Better Iran Deal Is Within Reach: How to Force Tehran Back to the Table*, Online verfügbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/iran/2019-11-15/better-iran-deal-within-reach> (letzter Zugriff: 23.12.19).

Süddeutsche Zeitung 2019, *Chronologie der Atomverhandlungen mit Iran*, Online verfügbar unter: <https://gfx.sueddeutsche.de/apps/551ba9e3a5cb12a658042a03/mobile/#/2> (letzter Zugriff: 21.12.19).

Wintour, Patrick 2019, *Iran`s production of enriched uranium rises tenfold in two months*, Online verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/nov/04/irans-production-of-enriched-uranium-rises-tenfold-in-two-months> (letzter Zugriff: 16.12.19).